

VLP-Direktor Rudolf Stüdeli : freisinniger und zartgrüner Landesplaner

Autor(en): **Meier, Isabelle**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design**

Band (Jahr): **2 (1989)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **27.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-118976>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Freisinniger und zartgrüner Landesplaner



Rudolf Stüdeli, 61, ist Direktor der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP): als solcher setzt er sich für eine sinnvolle Nutzung des Bodens ein. Auf das Konto der VLP geht die Trennung von Bauzone und Nicht-Bauzone. Gegen die Entwicklung der Bodenpreise und die hohe Konzentration des Eigentums allerdings konnte Stüdeli mit seiner Vereinigung wenig ausrichten. In etwas mehr als einem Jahr tritt er von seinem Posten zurück.

VON ISABELLE MEIER

Sein Arbeitsplatz liegt in keiner hektischen Umgebung. Das Quartier Altenberg in Bern ist bieder, gutbürgerlich. Mehrfamilienhäuser, Villen und Privatspitäler dominieren.

Die Zeit scheint hier stillzustehen. Kein lautes Autogetöse, keine quietschenden Tramräder, auch kein Presslufthammer, der die Strasse aufreisst. Das Baugerüst an der Villa der Schweizerischen Vereinigung für Landesplanung (VLP) steht eher zufällig und verloren da.

Rudolf Stüdeli, ein kleingewachsener Mann, begrüsst mich aufgeräumt. «Das ist eine kleine Bude», meint er schalkhaft, als

ich mich in der Vierzimmerwohnung umschaue. Ich werde gefragt, ob ich einen Kaffee wünsche. «Silvia, machen Sie doch einen Kaffee.» Sie seien ihm treu, seine Sekretärinnen. Drei sind über zehn Jahre bei ihm. Die VLP verfügt über viereinhalb Stellen. Die vierte Mitarbeiterin, eine Juristin, ist für die Welschschweiz zuständig. Es herrscht an diesem Nachmittag eine betriebsame Stimmung. Ab und zu dringen Bürogeräusche zu uns herüber.

VLP-Direktor seit 1960

«Wenn man dreissig Jahre etwas gemacht hat, dann reicht es», ist fast das erste, was er sagt. Er spielt auf seinen Rücktritt in fünf Vierteljahren als Direktor der VLP an, indirekt auch darauf, dass er seine Stelle nie gewechselt hat. In

diesem Büro, das merkt man, hat einer während Jahrzehnten Spuren hinterlassen. Wie in den meisten Beamtenbüros sind die Wände zwar vollgestopft mit Büchern, Schriften, Dokumenten, mit einem Nutzungszonenplan der Stadt Bern, einem Schrank mit einer Kinderzeichnung, aber alles sieht etwas unordentlicher, etwas verwitterter aus.

Stüdeli, geboren 1927 in Solothurn, ist Zeit seines Lebens nicht gross herumgekommen: Gymnasium in Solothurn, Studium der Jurisprudenz in Bern, unterbrochen von einem Semester in Genf («das schönste»). Er, Vertreter der Aktivdienstgeneration, blieb Soldat, wurde dann Mitglied der Solothurner FDP und Anwalt in Solothurn. Die Aufbruchsstimmung der Nachkriegsjahre erleb-

te er auf dem kantonalen Baudepartement in Solothurn, bis er 1960 als 32-jähriger zum Direktor der VLP gewählt wurde.

Sinnvolle Nutzung des Bodens

Überrascht zieht er die Brauen hoch, als ich ihn nach seinem Interesse für die Landesplanung frage: «Ich bin eigentlich immer im Planungs- und Baurecht tätig gewesen.» Er denkt nach und meint: «Gut, es mag mit einer Rolle gespielt haben, dass mein Vater und mein Grossvater bereits im Baugewerbe ihr Brot verdienten.» Das Geschäft, das zu Grossvaters Zeiten noch florierete, existiert heute nicht mehr.

Stüdeli hat sich sein Tätigkeitsfeld in der VLP ausgesucht. Dessen Zielsetzung ist beileibe nicht bescheiden. Der Zweckartikel besagt: «Die Vereinigung erstrebt eine geordnete räumliche Entwicklung der Gemeinden, der Kantone und des gesamten Landes. Dabei tritt sie für eine Nutzung des Bodens ein, die uns und zukünftigen Generationen den

Raum für Wohnung, Arbeit, Nahrung und Erholung in möglichst sinnvoller Weise sichert.»

In Zeiten, in denen die Bodenpreise ausser Rand und Band geraten sind, bin ich ausgesprochen neugierig, wie die VLP und Stüdeli das bewerkstelligen. In den Statuten werden als Mittel zur Erfüllung dieses Zweckes angeführt, der VLP arbeite Vorschläge aus, nehme zu Gesetzesvorlagen Stellung, wirke in Kommissionen mit, leiste Koordinations-Beratungsaufgaben und Öffentlichkeitsarbeit, führe Tagungen und Schulungskurse durch und erstelle Gutachten.

Was aber macht Rudolf Stüdeli konkret? «Heute war ich in der eidgenössischen Lärmschutzkommission», antwortet er. «Ich bin dort einer der wenigen Juri-



sten. Es geht im Augenblick darum, die Auswirkungen des Militärflyglärms auf die Überbauungen zu untersuchen. Anders gesagt um die Frage: Wie legt man die Lärmschutzgrenze in Bauzonen betroffener Gemeinden fest?» Die VLP organisiere im Moment auch einen Wettbewerb mit der Aufgabe, wie man in einem stark lärm-belasteten Gebiet anständig bauen könne.

«Niemand redet drein»

Für den Pressedienst der VLP schreibt er jährlich 42 Artikel und gibt eine grosse Schriftenreihe heraus. Kontakt hat er weitaus am meisten mit den Gemeinden. «Es gibt Tage, da läuten vier, fünf Gemeinden an, die etwas wissen wollen. Letztlich fragte eine, wie viele Beiträge eine Grossmetzgerei an die Gemeindekanalisation bezahlen müsse.» Mit den Kursen der VLP (der nächste über Zonenplanung) werden denn auch häufig Gemeindevertreter angehört. Die VLP, rechtlich ein privater Verein, gilt als halbstaatliche Organisation, die vorwiegend mit den Trägern der öffentlichen Hand zusammenarbeitet. Mitglieder sind Gemeinden, Kantone und Einzelmitglieder (insgesamt ca. 3500 bis 4000). Die Kan-

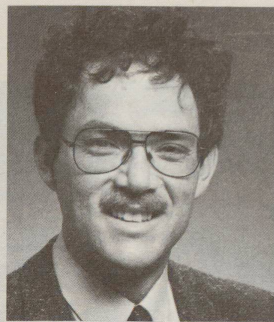
VLP-Direktor Rudolf Stüdeli: «Ohne Vereinigung hätte es die Trennung von Bauzone und Nicht-Bauzone nicht gegeben.»



Der neue Direktor der VLP ab 1.1. 1990:

Rudolf Muggli

1951 geboren in Thun. Er wurde Berner Fürsprecher, arbeitete danach beim kantonalen Raumplanungsamt. Anschliessend trat er eine Stelle beim kantonalen Rechtsamt an, daraufhin war er vier Jahre Stellvertreter des Stadtschreibers in Thun. Er wechselte nach Bern und leitete zwei Jahre den Rechtsdienst der Planungs- und Baudirektion der Stadt Bern. Rudolf Muggli ist Sozialdemokrat und Hauptmann.



tone und Gemeinden zahlen sechs Rappen pro Einwohner, der Bund bescheidene 75 000 Franken. Der Vorteil einer solchen Finanzierungsbasis liegt in der Unabhängigkeit. «Niemand zahlt soviel, dass er uns dreinreden könnte», meint Stüdeli. In der Geschäftsleitung dominieren die Politiker: Präsident ist alt Staatsrat und alt Baudirektor Ferdinand Masset aus Freiburg, die beiden Vizepräsidenten Eduard Belser, BL, und Adalbert Durrer, OW, sind amtierende kantonale Baudirektoren.

Von seinem Arbeitsplatz aus sieht er jeden Tag die Bundeshauskuppel. Stichwort Bundesamt für Raumplanung: Stüdeli betont lebhaft mit kurzen und knappen Bewegungen die Unterschiede zwischen dem Bundesamt für Raumplanung und der VLP. «Wir können viel schneller reagieren als der Bund, haben den grösseren Freiraum und beziehen auch pointierter Stellung. Ich glaube wir sind gute, zum Teil aber auch kritische Partner.» Der Direktor des Bundesamtes für Raumplanung sei ihr ständiger Gast, jedoch nicht Mitglied. «Es gibt Konflikte, etwa beim Bodenrecht. Ich möchte es härter und stärker revidieren. Das sage ich auch, zum Ärger von einigen.»

«Das Leitbild ist ein Leidbild»

Zum Institut für Orts-, Regional- und Landesplanung (ORL) an der ETH Zürich war das Verhältnis lange gespannt: «So lange, als das ORL faktisch hoheitliche Befugnisse im Wohnungswesen hatte. Das ORL war der Ansicht, wir glaubten zu wenig an die Machbarkeit. Wir warfen ihnen technokratischen Glauben vor. Das war Grundlage eines ganz schönen Konflikts.»

Das Leitbild der konzentrierten Dezentralisation lieferte eine Grundlage für den Streit. «Das war doch weitgehend ein Schlagwort. Ich glaubte nie daran. Da fehlten schlicht die Mittel dazu. Dieses Leitbild ist eher ein Leidbild.» Die Raumplanung sei nicht das richtige Mittel, um den wirtschaftlichen Disparitäten zwi-

schen den Regionen Herr zu werden. «Politisch konnte sich der Gemeindeegoismus durchsetzen.» Zum Thema Wasserkopf-Entwicklung der Stadt Zürich lässt er sich dann aber nur sehr zurückhaltend und vorsichtig aus. «Die VLP will sich zu konkreten wirtschaftlichen Entwicklungen nicht äussern», meint er ausweichend. Grund: mangelnder Personalbestand.

Umwelt-Land-Raumplanung

Einig ist er hingegen mit einigen «Leithammeln», wie er sie bezeichnet, im Bund Schweizer Planer. Er gehört dessen Vorstand an (dieser wiederum hat Martin Steiger in die VLP delegiert). «Sie sind mit mir der Ansicht, dass Raumplanung als solche allein nicht mehr geht, es gibt nur noch Umwelt-Land-Raumplanung. Da liegt eines der tiefsten Probleme. Hier muss eine ganze Berufsgattung sehr viel dazulernen.»

Zu den neuen Aufgaben der Raumplanung gehöre eben auch der Einbezug des Visuellen und der Ökologie. («Das wurde mir auch erst mit der Zeit klar.») Also keine «zweidimensionale Planung», keine «gruossigen Überbauungen», keine «Zubetonierung des Bodens». In letzter Zeit habe sich sicher einiges geändert, meint der liberale Freisinnige mit ökologisch-sozialem Touch. «Grössere Überbauungen können heute fast nur noch aufgrund von Wettbewerben gemacht werden.»

Das liegt ihm am Herzen: «Sehen Sie, wir haben heute fünf grosse Architekten, die machen, was sie wollen. Einer der grossen Tessiner kam letztlich ins Bieler Volkshaus und erzählte unter grossem Beifall, dass er zuerst Planungen mache, um sie nachher beim Bauen über den Haufen zu werfen. Das ist für uns eine Horrorvorstellung. Es geht dabei immer auch ums Geld (reibt sich den Finger). Viele Architekten wollen um alles in der Welt grosse Bauvolumen.» Vom Bestehenden müsse man ausgehen, um ein Land vernünftig zu gestalten. Er selber bewohne in Wabern ein

Einfamilienhaus, «leider». Ein weniger Raum beanspruchendes Mehrfamilienhaus hätte er vorgezogen, nur habe er nichts Passendes gefunden.

Hat, wer fast dreissig Jahre einer Vereinigung vorsteht, nicht einiges Gewicht? «Ich probiere sicher Einfluss wahrzunehmen. Ohne Vereinigung hätte es die Trennung von Bauzone und Nicht-Bauzone nicht gegeben, das geht auf unser Konto, das kann ich lückenlos nachweisen», erklärt Stüdeli zurückgelehnt und in angeregtem Tonfall. «Das geschah mit der Revision des Gewässerschutzgesetzes am 1. Juli 1972. Damit sind faktisch Landwirtschaftszonen entstanden.»

Drahtzieher sei er auch in Sachen Waldrodung gewesen. «Früher war der Bund locker in den Bewilligungen. Ernst Krebs, alt Oberforstmeister von Zürich, und ich liessen nicht nach, bis der Bund etwa 1972 in der Verordnung zum Waldgesetz den Waldschutz sehr strikte zu handhaben begann.» Das Visuelle und das Ökologische habe die VLP in der Raumplanung sicher gefördert.

Er unterbricht und fragt mich, ob ich auch ein Gläschen trinken möchte. «Silvia, einen Rotwein und zwei Gläser, bitte.»

In seiner persönlichen Bilanz drückt die Seite der Niederlagen aber schwer. Er weist auf die hohen Bodenpreise hin, die die Planung verunmöglichen und den Werkplatz Schweiz gefährden, neben der Tatsache, dass das Eigentum an Boden auf wenige begrenzt wird. Im Bereich des Bodenrechts steckte er «bis heute fast nur Misserfolge ein». Hier habe er sich «die Finger verbrannt». Bereits Anfang der siebziger Jahre formulierte er innerhalb der FDP den preisdämpfenden Vorschlag, den Bodenertrag zu kapitalisieren und ihn abzüglich der Teuerung als Einkommen zu versteuern. Er kam nicht durch. Dieses Jahr lieferte er eine neue Lösungsmöglichkeit. Er schlägt vor, auf Bodenverkäufe mindestens eine Einkommenssteuer zu erheben plus eine Vermögenssteuer, die sich an dem zuletzt bezahlten Bodenpreis orientiert, und will dem Selbstbenützer ein Vorrecht einräumen. Die VLP wird voraussichtlich eine Stellungnahme in seinem Sinn herausgeben. Den grössten Widerstand befürchtet er vom Gewerbeverband, der ihm schon vor Jahren das Etikett «Totengräber des Eigentums» anhängte.

Aber: «Bis jetzt war in diesem Land eine Mehrheit in der Bodenfrage nicht hinzubringen», erklärt er und fügt hinzu: «Die Bodenpreise könnte die VLP nie in die Hände bekommen.»

ISABELLE MEIER ist Historikerin und Journalistin. Sie lebt in Zürich.